

Pressekonferenz, 19. August 2010

## **Bildungsmonitor 2010**

# **Bessere Bildung trotz Haushaltskonsolidierung – Die Chancen des demografischen Wandels nutzen**

Statement

Dr. Hans-Peter Klös  
Geschäftsführer  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Es gilt das gesprochene Wort.

## **Bildungspolitik als Wachstumsvorsorge**

Die demografische Entwicklung wird in den kommenden Jahren zu spürbaren Fachkräfteengpässen führen, die mit volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsverlusten verbunden sind. In den letzten Jahren hat sich bereits eine Fachkräftelücke bei MINT-Qualifikationen aufgebaut, die derzeit bei etwa 65.000 liegt, sich jedoch im kommenden Jahrzehnt aus strukturellen Gründen allein in diesem Bereich auf über 200.000 nicht zu besetzende Arbeitsplätze auszuweiten droht. Auch in anderen Qualifikationsbereichen wird es erhebliche Engpässe geben. Dies zeigt, welche Bedeutung ein ausreichendes Qualifikationsangebot auf die wirtschaftliche Entwicklung eines rohstoffarmen Landes hat.

Der Bildungsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft, der inzwischen bereits zum siebten Mal indikatorengestützt die Bildungssysteme der deutschen Bundesländer aus einer ökonomischen und sozialen Perspektive vergleicht, widmet sich deshalb besonders der Frage, inwieweit die Bildungssysteme der Bundesländer die bessere Nutzung vorhandener Potenziale erlauben. Wichtige Handlungsfelder sind dabei vor allem

- eine verstärkte Integration von Migranten,
- eine intensivere Förderung von Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten,
- eine Verringerung der Bildungsarmut,
- eine Stärkung der kurativen und Höherqualifizierungsfunktion der beruflichen Bildung,
- eine weitere Akademisierung und
- letztendlich dafür entscheidend eine verbesserte Schulqualität.

## **Haushaltskonsolidierung: neue Herausforderungen für die Bildungspolitik**

Mit der Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz sind die Bundesländer verpflichtet, ihre Haushalte bis zum Jahr 2020 auszugleichen. Lediglich konjunkturbedingte Defizite sind in Abschwungphasen zulässig, wenn sie durch entsprechende Überschüsse in einem nachfolgenden Aufschwung kompensiert werden.

Die finanziellen Spielräume der Bundesländer werden sich daher gegenüber dem früheren Status quo verengen, auch wenn finanzschwache Bundesländer für den Übergangszeitraum von 2011 bis 2019 Konsolidierungshilfen von insgesamt 800 Millionen Euro pro Jahr erhalten. Dies bedeutet, dass auch Investitionen in das Bildungssystem verstärkt auf den Prüfstand geraten.

Der Bildungsmonitor 2010 zeigt aber, dass der Bildungssektor in den meisten Bundesländern in den vergangenen Jahren gegenüber anderen Ausgabenbereichen im Ausgabeverhalten der öffentlichen Hand bereits an Bedeutung gewonnen hat. Die Bildungsausgaben je Schüler an den allgemein bildenden Schulen haben sich seit dem Jahr 2000 deutlich von 4.600 auf 5.400 Euro erhöht. Die Dynamik wird insbesondere von den ostdeutschen Bundesländern getragen.

Gleichzeitig weisen diese Bundesländer auch die durchschnittlich größten Zuwächse beim bildungspolitischen Erfolg gegenüber dem Bildungsmonitor 2004 auf. Sie konnten bei der Schulqualität und anderen wichtigen Erfolgsindikatoren besonders stark zulegen. Dabei haben die ostdeutschen Bundesländer die demografisch entstandenen Umschichtungspotenziale im Bildungssystem belassen und in bessere Betreu-

ungsbedingungen und die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen reinvestiert.

## **Ausgabenseitige Priorisierung der Bildung: volkswirtschaftlich sinnvoll**

Diese Ausgabenpriorisierung in den öffentlichen Haushalten beginnt sich volkswirtschaftlich auszuzahlen. So hat die seit dem Jahr 2000 gestiegene Hochschulabsolventenquote dazu geführt, dass es heute über 300.000 zusätzliche Akademiker in Deutschland gibt. 300.000 zusätzliche Akademiker bedeuten allein einen Wertschöpfungsgewinn von mehr als 4,8 Milliarden Euro im Jahr 2008.

Darüber hinaus hat sich seit der ersten PISA-Erhebung die Schulqualität signifikant erhöht. Die langfristige Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland wird um fast 0,3 Prozentpunkte steigen, wenn diese Verbesserungen dauerhaft bestehen bleiben. Im Jahr 2020 wird sich das BIP zusätzlich um rund 11 Milliarden Euro, im Jahr 2030 um rund 43 Milliarden Euro und im Jahr 2050 um rund 179 Milliarden Euro erhöht haben. Damit wächst auch das Steueraufkommen des Staates. Die Verbesserungen der Bildungspolitik in den letzten zehn Jahren haben somit zu einer höheren Demografiefestigkeit in Deutschland beigetragen.

Aber der bildungspolitische Handlungsbedarf bleibt mit Blick auf die Sicherung der gegenwärtigen und zukünftigen Fachkräftebasis sehr groß. Die Verbesserung der frühkindlichen Betreuung, die Erhöhung der durchschnittlichen Schulqualität und die Verringerung der Bildungsarmut erleichtern den Zugang zu beruflicher Bildung, unterstützen die Höher-

qualifizierung in der Ausbildung, verbessern die Beschäftigungschancen und senken den Bedarf an staatlichen Unterstützungsleistungen.

Dazu bedarf es nicht nur einer intensiveren individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen, sondern darüber hinaus auch einer auf diese Anforderungen ausgerichtete Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen, Erziehern und Lehrkräften. Eine leistungs-, ziel- und aufgabenorientierte Reform des Dienst- und Besoldungsrechts erhöht die Attraktivität einer beruflichen Tätigkeit in einer Kinderbetreuungseinrichtung oder Schule.

Kurzfristig besonders erfolgversprechend ist eine bessere Bildung der Migranten, die eine entscheidende Integrationsvoraussetzung ist. Bundesweit haben ein Drittel der Kinder im Alter bis fünf Jahren einen Migrationshintergrund, in den westdeutschen Bundesländern ist dieser Anteil noch höher. Eine bessere Integration begünstigt die wirtschaftliche Entwicklung und lohnt sich auch aus Sicht der öffentlichen Hand:

- In den kommenden Jahrzehnten steigt die jährliche Wachstumsrate um 0,1 Prozentpunkte an, wenn sich die Unterschiede in den Bildungsindikatoren zwischen Migranten und Nichtmigranten halbieren.
- Stellt man die Kosten der Maßnahmen zur Verbesserung der Integration den Erträgen der langfristig wirksamen Maßnahmen gegenüber, so ergibt sich für die öffentliche Hand bis zum Jahr 2050 eine hohe Rendite von 12 Prozent.

## **Demografische Entwicklung: erheblicher Spielraum für mehr Bildungsqualität**

Zwar stehen der Konsolidierungszwang und die Schuldenbremse einem Anstieg der öffentlichen Bildungsausgaben im Wege. Aber auch ohne

einen Anstieg der öffentlichen Bildungsausgaben kann die Bildungsqualität verbessert werden: Bedingt durch zurückgehende Schülerzahlen wird hochgerechnet im Jahr 2020 den Bundesländern ein Umverteilungsvolumen von insgesamt rund 8,8 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, wenn die Bildungsausgaben für die allgemein bildenden Schulen real auf dem Niveau des Jahres 2007 eingefroren werden (Tabelle).

Dieses Umverteilungsvolumen kann - insbesondere in Westdeutschland - zu einer deutlichen Erhöhung der Bildungsausgaben pro Kopf führen. Je nach Bundesland ergeben sich Zuwächse zwischen 8 und 40 Prozent. Allein in Sachsen werden die Pro-Kopf-Ausgaben demografiebedingt zurückgehen.

Werden die freiwerdenden Mittel vollständig in das Schulwesen reinvestiert, so ist eine gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen möglich. Alternativ könnten Teile der demografischen Rendite in den Vorschulbereich umgeschichtet werden, um den Ausbau der frühkindlichen Betreuungs- und Förderinfrastruktur zu finanzieren. Wenn also die demografische Rendite im Bildungswesen zur Qualitätsverbesserung genutzt werden kann, ist ein besseres Bildungssystem auch trotz der notwendigen Konsolidierungspolitik der öffentlichen Haushalte möglich.

## Veränderung der Gesamtausgaben und Ausgaben je Schüler – 2007 und 2020

In Euro und Prozent

	Veränderung der Gesamtausgaben <sub>2020</sub> gegenüber Gesamtausgaben <sub>2007</sub> bei Konstanz der Ausgaben je Schüler <sub>2007</sub> <sup>1</sup>		Veränderung der Ausgaben je Schüler <sub>2020</sub> gegenüber Ausgaben je Schüler <sub>2007</sub> bei Konstanz der Gesamtausgaben <sub>2007</sub> <sup>2</sup>		
	in Mio. Euro	in %	2007	2020	in %
BW	-1.415,5	-21,5	5.400	6.876	+27,3
BY	-1.597,5	-20,2	5.700	7.139	+25,2
BE	-303,1	-15,1	6.300	7.423	+17,8
BB	-90,6	-7,7	5.600	6.064	+8,3
HB	-56,4	-15,5	5.400	6.389	+18,3
HH	-50,6	-4,7	6.500	6.818	+4,9
HE	-683,8	-19,9	5.300	6.617	+24,9
MV	-22,7	-3,3	5.500	5.686	+3,4
NI	-1.189,7	-25,7	5.000	6.727	+34,5
NW	-2.285,7	-21,9	4.900	6.277	+28,1
RP	-533,7	-22,9	5.100	6.612	+29,6
SL	-145,7	-28,7	4.900	6.869	+40,2
SN	+123,0	+7,1	6.000	5.603	-6,6
ST	-98,7	-8,9	6.600	7.241	+9,7
SH	-381,8	-24,0	4.900	6.446	+31,5
TH	-55,5	-5,0	6.800	7.155	+5,2
D	-8.755,3	-18,7	5.400	6.645	+23,1

1 Gesamtausgaben<sub>2020</sub> = Ausgaben je Schüler<sub>2007</sub> x prognostizierte Anzahl der Schüler<sub>2020</sub>, 2 Ausgaben je Schüler<sub>2020</sub> = Gesamtausgaben<sub>2007</sub> / Anzahl der Schüler<sub>2020</sub>

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft Köln